

Die neue Opposition

Seit einem halben Jahr sitzt die AfD im Bundestag, seit kurzem sogar als Oppositionsführerin. Noch sucht die Partei nach dem richtigen Weg, ihre neue Rolle auszufüllen. Sie will wahrgenommen werden – vor allem außerhalb des Parlaments. Eine eigene Nachrichtenagentur zum Beispiel soll ihnen dabei helfen.

VON KATJA BAUER UND
ALESSANDRO PEDUTO

BERLIN – Christian Lüth schaut in die Runde. „Das Interesse an der AfD ist weiter anhaltend“, sagt der Sprecher der „Alternative für Deutschland“ und schaut in den voll besetzten Konferenzsaal. Es wird nicht ganz klar, ob Lüth mit diesem Satz Freude, Genugtuung oder gar Überraschung zum Ausdruck bringen möchte. Womöglich alles drei. Rund 30 Journalisten und Kameralente sind am vergangenen Montag erschienen. Die AfD gibt eine Pressekonferenz zur Syrien-Reise einer Gruppe ihrer Abgeordneten.

Die privat organisierte Exkursion in das Bürgerkriegsland, die Treffen mit Vertretern des diktatorischen Regimes sowie launige Fotos der Delegation aus Damaskus hatten heftige Kritik hervorgerufen, selbst in den eigenen Reihen. Viele empfinden die Reise als Provokation. Und genau darum geht es einigen in der AfD nach wie vor: um möglichst große Aufmerksamkeit.

Dem nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsabgeordneten Christian Blex ist sie an jenem Nachmittag sicher. Die „im Zuge der Syrien-Reise gewonnenen Erfahrungen“, so Blex, deckten sich uneingeschränkt mit den Einschätzungen der USA. „Unser Nato-Verbündeter ist im Begriff, Syrien als sicheres Herkunftsland einzustufen“, behauptet Blex. Daher sollten auch syrische Flüchtlinge aus Deutschland zurückkehren.

Die Aussage provoziert. Zugleich legt sie eine zweite Konstante bei der AfD offen: Die Partei nimmt es mit Fakten nicht immer so genau. Richtig ist: Die USA haben zwar angekündigt, ab kommender Woche keine weiteren Syrer in ihr Schutzprogramm aufzunehmen. Sie haben aber zugleich den Schutzstatus für in dem Land lebende Syrienflüchtlinge mit Verweis auf die schlechte Sicherheitslage bis Ende September 2019 verlängert – für Flüchtlinge, die bis zum Sommer 2016 in die USA gekommen sind. Für später eingereiste Syrer sollen unter Umständen neue Programme greifen.



Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch im Deutschen Bundestag. Sie filmt mit ihrem Smartphone. Ein bedeutender Teil der AfD-Oppositionsarbeit findet im Internet statt. Systematisch verbreiten die Abgeordneten ihre Reden und Interviews in sozialen Netzwerken.

FOTO: CHRISTOPHE GATEAU/DPA

Und noch etwas sagt Blex: „Wir hoffen, das Interesse an ausgewogener Berichterstattung durch unsere Reise geweckt zu haben.“ Dies ist eine dritte Konstante: das schwierige Verhältnis zwischen AfD und Medien. Wer als Journalist ein Kennenlerntreffen mit einem der neuen Volksvertreter im Bund anfragt, erhält oftmals keine Antwort. Nicht einmal eine Absage. Der Thüringer AfD-Abgeordnete Frank Pasemann schirmt sich sogar ganz ausdrücklich von der Presse ab. Sein Bundestagsbüro teilt mit, Medienanfragen würden „grundsätzlich nicht beantwortet“. Punkt.

Stattdessen will die AfD eine Art Gegenöffentlichkeit aufbauen. Wie wichtig der jungen Partei und neuen Oppositionsführerin diese Idee ist, zeigt sich etwa darin, dass ihre Bundestagsfraktion einen eigenen sogenannten „Newsroom“ plant. Von dort aus will die „Alternative für Deutschland“ rund um die Uhr ihre Sicht auf die Faktenlage publizieren. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel spricht davon, dass dies der einzige Weg sei, um „Fake News“ etwas entgegenzusetzen. Die Bezeichnung „Newsroom“ weckt Assoziationen zu dem rechtsgerichteten US-ameri-

kanischen Nachrichtenportal „ Breitbart“, dessen Ex-Chef Steve Bannon Weidel erst neulich traf. Bannon, lange Zeit enger Berater von Donald Trump, spielt laut amerikanischen und britischen Medienberichten eine zentrale Rolle in der aktuellen Affäre um abgestaute Facebook-Konten und der daraus folgenden Beeinflussung der US-Wahlen.

Derzeit ist der Zweite Parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Jürgen Braun, mit Einstellungsgesprächen beschäftigt. 20 Stellen sind zu besetzen, ein Drittel der Mitarbeiter wird nichts anderes tun, als Inhalte für die sozialen Netzwerke zu schaffen, unter anderem Videos. Die anderen kümmern sich um Pressemitteilungen und Events. Eine kleine Gruppe, so Braun, solle als Rechercheteam arbeiten: „Sie sollen faktensicher recherchieren zu Themen, von denen wir denken, dass sie unter den Teppich gekehrt werden.“

Ähnliches planen auch andere. Die Unionsfraktion beispielsweise. Wenn AfD-Abgeordnete im Bundestag reden und dabei zweifelhaft behauptungen aufstellen, sollen diese sofort einer Tatsachenprüfung unterzogen werden. So soll vermieden

werden, dass Falschbehauptungen unwidersprochen bleiben oder gar durch häufige Wiederholung als richtig wahrgenommen werden. „Es muss uns darum gehen, die Reden und Anträge der AfD als das zu entlarven, was sie sind: eine Mischung aus Auslassungen, Halbwahrheiten

„Manchmal sollte man die AfD einfach ins Leere laufen lassen oder deren Äußerungen mit Humor begegnen, um sie nicht noch aufzuwerten.“

Monika Lazar Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Leipzig

und schrecklichen Vereinfachungen“, sagt der Vizechef der Unionsfraktion, Stephan Harbarth (CDU). „Faktencheck statt Moralkleue – darum geht es.“ Nur mit „moralischer Entrüstung und lautstarkem Abscheu“ auf die AfD zu reagieren, führe nicht zum Erfolg, glaubt der CDU-Politiker.

Auch andere Fraktionen überlegen, wie sie sich verhalten sollen. „Wir diskutieren regelmäßig bei uns“, sagt die Leipziger Grünen-Abgeordnete Monika Lazar. Eine pauschale Strategie zum Umgang mit der AfD werde es aber nicht geben. „Mit einer ständigen ‚lauten Dauerempörung‘ erreicht man nur Abstumpfung. Manchmal sollte man die AfD einfach ins Leere laufen lassen oder deren Äußerungen mit Humor begegnen, um sie nicht noch aufzuwerten.“ Manchmal seien aber klare Ansagen unverzichtbar. Etwa, wenn es gegen Minderheiten gehe sowie bei „eindeutig rassistischen und völkischen Wortschöpfungen“. Dann müsse es ein lautes Nein geben, findet Lazar.

In der Linken sorgt man sich dagegen, weil die Rechtspopulisten ihre Themen sehr gekonnt platzierten und zudem äußerst diszipliniert ar-

beiteten. „Die AfD glänzt durch Anwesenheit“, heißt es fast ein bisschen neidvoll bei den Genossen. Tatsächlich liefen die AfD-Abgeordneten anfangs immer geschlossen zu den Sitzungen ein und posteten im Internet Beweisfotos ihrer Präsenz – gern auch lange vor Sitzungsbeginn, sodass die Stühle der anderen Fraktionen naturgemäß noch leer waren.

Inzwischen sind die Reihen bisweilen auch bei der AfD gelichtet. Ihre Abgeordneten sind deshalb genauso wenig faul wie alle anderen. Sie nehmen nur genauso andere Termine wahr. Dass die AfD so viel fleißiger wäre, lässt sich auch aus der Bundestagsstatistik nicht herauslesen. Beispielsweise hat die Fraktion bisher 108 Kleine Anfragen formuliert. Bei der Linksfraktion sind es 230. Die hat freilich auch schon mehr Erfahrung damit.

Ein bedeutender Teil der AfD-Oppositionsarbeit ist allerdings quasi außerparlamentarisch und findet im Internet statt. Systematisch verbreiten die Abgeordneten ihre Reden und Interviews in sozialen Netzwerken, wo die Beiträge von Kollegen und Anhängern fix geteilt werden und hohe Reichweiten erzielen. Auch im Netz wird von der AfD der Vorwurf erhoben, die Medien berichteten nicht über die AfD-Reden. Dabei bleiben auch Wortbeiträge von Abgeordneten anderer Fraktionen unbeachtet – schlicht, weil es sehr viele sind.

Im Parlament selbst kommt der AfD-Fraktion durch die Groko nun eine formal wichtigere Rolle zu, die der Oppositionsführerin. Sie stellt den Vorsitz im zentralen Haushaltsausschuss und AfD-Abgeordnete haben das Recht der ersten Erwidern auf Redner der Regierungsfaktionen. Strategisch macht das die Positionierung eher schwieriger, da mit der Rolle der Anspruch wächst, sich thematisch breiter aufzustellen. Bisher hatte sich die AfD vor allem den Kernthemen ihres Wahlkampfes gewidmet: Migrationspolitik, Islamkritik, Europaskepsis.

Zugleich könnte die Rolle der Oppositionsführerin auch diejenigen in der Fraktion stärken, die sich für einen seriösen Auftritt der AfD-Parlamentarier einsetzen und Krawall ablehnen. Bislang hängt der Auftritt noch sehr vom Temperament des jeweiligen Abgeordneten ab. Fraktionsinterne Versuche, sich auf einen Regelkatalog zu einigen, blieben bisher erfolglos. So scherte sich zuletzt der bayerische AfD-Mann Petr Bystron bei der Wahl der Kanzlerin nicht darum, dass bei geheimen Abstimmungen keine Fotos des eigenen Wahlzettels veröffentlicht werden dürfen. Bystron tat es dennoch.

Der kalkulierte Regelverstoß kostete ihn 1000 Euro Strafe. Trotzdem zeigte Petr Bystron keine Einsicht. Die AfD beklagt zwar gern das drohende Ende des Rechtsstaats. Ein effektvoller Verstoß für die Twitter-Gemeinde soll aber offenbar weiterhin drin sein. (mit zie)

„Unfassbar müde“

Ein beispielloser Absturz. Martin Schulz war für die SPD der Heiland, verlor die Wahl und findet heute kaum noch Kraft. Sein bitterer Rückblick.

VON UTA WINKHAUS

BERLIN – Wenn Martin Schulz zurückblickt auf das Jahr, das hinter ihm liegt, fühlt er sich an „House of Cards“ erinnert, die US-Serie über Macht, Brutalität und Niedertracht in der Politik. Schulz räumt ein, dass er Fehler gemacht hat als Kanzlerkandidat und SPD-Chef, „dumme Fehler“, wie er sagt. Aber er fühlt sich auch als Opfer, als „idealer Sündenbock“, der an seiner eigenen An-

ständigkeit gescheitert ist.

So hat es der 62-Jährige dem „Spiegel“-Reporter Markus Feldenkirchen erzählt, der Schulz vor der Bundestagswahl über Monate hinweg begleitet hat. Viele in der SPD waren fassungslos, als der „Spiegel“ Ende September mit seiner „Schulz-Story“ erschien. Selbstzweifel, Hilflosigkeit, Frustration – Schulz hatte dem Autor Einblicke in seine Seelenlage gewährt, wie sie in der Politik bislang beispiellos waren („Die Leute finden mich peinlich. Die lachen doch über mich.“).

Jetzt hat Feldenkirchen nachgelegt. Er hat Schulz bis zum Ende seines Weges begleitet, bis zu jenem kalten Februartag, an dem der SPD-Chef nach Berlin aufbricht, um sein Amt niederzulegen. Die Geschichte, die der Autor für den neuen „Spiegel“ und sein Buch „Die Schulz-Story“ aufgeschrieben hat, zeigt das Bild

eines zutiefst erschöpften Mannes. „Gott bin ich müde. So unfassbar müde“, sagte der 62-Jährige da. „Ob ich jemals wieder fit werde, weiß ich nicht. Ich glaube, ich brauche ein halbes Jahr, um wieder zu Kräften zu kommen.“

Schon der Anfang klingt filmreif. „Entweder du kllst ihn, oder er kllt dich“, soll ihn Andreas Nahles Anfang 2017 mit Blick auf Sigmar Gabriel gewarnt haben. Der hatte Schulz damals SPD-Vorsitz und Kanzlerkandidatur angeboten, um Außenminister zu werden. Als Schulz am Ende der Koalitionsverhandlungen mit der Union selbst nach dem Amt des Außenministers griff, war es Gabriel, der dem einstigen Freund mit seinem Interview über den Mann mit dem „Haaren im Gesicht“ den härtesten Schlag versetzte.

Im Rückblick räumt Schulz ein, dass seine Entscheidung für das Aus-

wärtige Amt ein Fehler war, nachdem er den Eintritt in ein Kabinett von Angela Merkel nach der Wahl noch ausgeschlossen hatte: „Ich habe das falsch eingeschätzt mit dieser Glaubwürdigkeitslücke. Komplet falsch eingeschätzt.“

Als Wendepunkt sieht Schulz die Entscheidung der SPD, nach den gescheiterten Jamaika-Sondierungen doch mit der Union über eine erneute Regierung zu verhandeln. „Da hätte ich zurücktreten müssen. Zu dem Zeitpunkt hätte ich gehen müssen.“ Er habe den Schwenk zunächst nicht gewollt. Aber er habe damals gedacht, wenn der Bundespräsident ihn zu sich zitierte, könne er nicht Nein sagen oder zurücktreten. Seine Disziplin sei ihm zum Verhängnis geworden. „Ich war ein glückloser Parteiführer“, bilanziert Schulz. „Ich glaube, ich bin nicht politisch gescheitert, aber sicher teilweise an



Martin Schulz Mitte des Monats im Bundestag. Der einstige SPD-Chef räumt Fehler ein, sieht sich zugleich als Sündenbock.

FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

den Strukturen der Partei zerschellt.“ Die SPD könne gnadenlos sein. „Ich bin der ideale Sündenbock für alles, was die Partei seit Jahren falsch gemacht hat.“ Schulz meint, man habe ihm einen Strick gedreht aus dem Satz, dass er nicht in eine Regierung von Merkel eintreten würde. Dabei sei dieser Satz direkt

nach der Bundestagswahl und damit zu einem Zeitpunkt gefallen, als die ganze Partei gegen einen Eintritt in die Regierung gewesen sei. „Jetzt geht die ganze Partei in die Regierung, nur der Parteichef darf es nicht.“ Heute sitzt Schulz als einfacher Abgeordneter im Bundestag. Genauso wie Sigmar Gabriel. (dpa)